

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2.80 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimteil, Sport u. Anzeigen: Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil: Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. VI: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Stiller-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 165

Freitag, den 17. Juli 1936

88. Jahrgang

Kein Geheimabkommen mit Wien

Wiener Erklärung zum deutsch-österreichischen Abkommen

Im Bundeskanzleramt in Wien fand eine Konferenz für die Vertreter der Auslandspresse statt. Der Staatssekretär für Außenwes., Dr. Guido Schmidt, erklärte, die Gepflogenheit der österreichischen Staatsführung, nicht rückwärts zu schauen, sich nicht in Gräben zu verchanzen, ihr Grundsatz, daß jede Politik Bewegung sein müsse, habe in der Welt Billigung erfahren.

Anschließend erörterte Gesandter Eduard Ludwig eine Reihe von Einzelfragen, die im Zusammenhang mit dem deutsch-österreichischen Übereinkommen vom 11. Juli augenblicklich in der Weltpresse erörtert werden und stellte fest, daß alle Nachrichten über Geheimtauscheln des deutsch-österreichischen Abkommens falsch seien. Das gleiche gelte von den immer wieder auftauchenden Gerüchten über eine neue europäische Blockbildung.

Hinsichtlich des Dreimächteabkommens von Rom erklärte der Gesandte, es werde vom weiteren Verlauf der Dinge abhängen, ob es zu einer Erweiterung der römischen Protokolle komme, die ja den Beitritt allen Staaten offen lassen.

Es sei aber natürlich, daß das Deutsche Reich ein volles Recht daran habe, bei einer eventuellen wirtschaftlichen Neuordnung des Donauraumes mitzusprechen.

Weiter erklärte der Gesandte, daß die Nachrichten von einer Zusammenkunft des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Hodza und Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg falsch seien, ebenso seien alle Gerüchte über eine Regierungsombildung oder über Personalveränderungen im Bundeskanzleramt unrichtig. Die Frage der Amnestie sei augenblicklich in einem Vorbereitungsstadium. Das Justizministerium fordere die entsprechenden Anträge von den Staatsanwaltschaften und Strafanklagen ein.

Appell der Vaterländischen Front

zur Bedeutung des deutsch-österreichischen Abkommens

Wien, 17. Juli. In allen Wiener Bezirken fanden am Donnerstag insgesamt 27 Appelle der Vaterländischen Front statt, in denen über die Bedeutung des Abkommens mit dem Deutschen Reich gesprochen wurde. Wie die Pressestelle der Vaterländischen Front mitteilt, waren die Versammlungsorte alle stark besucht, ein Zeichen dafür, daß die Bevölkerung an dem politischen Geschehnis der letzten Tage starken Anteil nimmt. Das über die Sommermonate ausgesprochene allgemeine Versammlungsverbot war für Donnerstag eigens aufgehoben worden. Als Redner in den Versammlungen traten die verschiedenen Werbeleiter der Vaterländischen Front in Wien auf.

Zum Segen Europas

Kundgebung der österreichischen Bischöfe

Der Erzbischof von Wien, Kardinal Dr. Junger, hat im Namen der österreichischen Bischöfe eine Kundgebung an den Bundeskanzler gerichtet, in der es u. a. heißt: „Am Ende vergangener Woche trugen die Aetherwellen des Rundfunks frohe, erlösende Kunde durch die deutschen Lande. Der unselbige Bruderwitz, der so tiefe Wunden schlug, der das deutsche Volk gerade in drangvollen Zeiten innerlich spaltete und zerriß, war in einer europäischen Schicksalsstunde, da der Friede in der Völkergemeinschaft des Abendlandes wieder einmal ernstlich gefährdet schien, in überraschender Weise beigelegt. Am Herzschlag des deutschen Volkes in Oesterreich ist über diese Friedensstat aufrichtige und ehrliche Freude zu spüren.“

Auch die Bischöfe Oesterreichs begrüßen mit aufrichtiger Freude und ehrlicher Genugtuung dieses Wert des Friedens, das nicht nur für die beiden Vertragspartner bedeutungsvoll, sondern darüber hinaus geordnete Verhältnisse im Völkerverkehr und wirtschaftliche Fortschritte zu ermöglichen geeignet erscheint.“

Nach einem Dank an Bundeskanzler Dr. Schuschnigg versprachen die Bischöfe ihre Mitarbeit in allem, was zur Festigung des Friedenswerkes in Oesterreich beitragen und den Geist des Friedens im Volke immer noch mehr lebendig machen könnte. „Möge dieses Friedenswert“, so heißt es zum Schluß, „dies ist unser sehnlichstes Wünschen und innigstes Beten, nach allen Bitterkeiten der letzten Jahre auch den letzten Stachel des Unfriedens und der Mißgunst aus der deutschen Volksseele nehmen, zu Nutz und Frommen unseres Vaterlandes Oesterreich, des ganzen deutschen Volkes und der mit ihm auf Gedeih und Verderb verbundenen Völkergemeinschaft Europa.“

Einstellung politischer Prozesse

Sämtliche in Graz anberaumten politischen Strafprozesse gegen österreichische Nationalsozialisten sind von der Tagesordnung abgesetzt worden. Wie verlautet, werden die Akten dem Justizministerium übermittelt werden. Schon einige Tage vor der Veröffentlichung des Abkommens mit dem Reich sind in Graz und Steiermark die Verhaftungen wegen nationalsozialistischer Gesinnung eingestellt worden.

Ungarns Glückwünsche

Anlässlich des Abschlusses des deutsch-österreichischen Abkommens fand zwischen dem ungarischen Außenminister Herrn von Kanya und Reichsaussenminister Freiherr von Neurath folgender Telegrammwechsel statt:

„Es ist mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen meine aufrichtige Freude und Genugtuung über die gelungene deutsch-österreichische Verständigung mitzuteilen. Ich tue das in der Ueberzeugung, daß damit nicht nur für die beiden kontrahierenden Länder, sondern für ganz Europa ein wesentlicher Schritt vorwärts zur allgemeinen Befriedung getan worden ist. Eurer Erzellenz sende ich zu diesem Erfolg meine herzlichsten Glückwünsche.“

gez. Kanya.“
Der Reichsminister des Außern antwortete: „Für die warmen Glückwünsche zum Abschluß des deutsch-österreichischen Abkommens danke ich Eurer Erzellenz aufs herzlichste. Auch ich hege die Ueberzeugung, daß für die Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten nicht nur zum Segen der beteiligten Länder auswirken wird, sondern darüber hinaus einen wesentlichen Schritt vorwärts zur Entspannung der internationalen Lage bedeutet.“

Noch keine Verständigung

Fünf-Mächte-Besprechung im Herbst?

England für Aufschiebung. — Paris wünscht Dreimächte-Konferenz.

Die britische Regierung scheint gegenüber den französischen Gegenverstellungen an dem Standpunkt festzuhalten, daß die geplante Locarno-Konferenz in Brüssel vorläufig aufgeschoben werden solle. Der britische Botschafter in Paris ist in diesem Sinne erneut an den französischen Ministerpräsidenten Blum herangetreten.

Die Frage der Locarno-Konferenz wurde von dem Kabinettsausschuß für auswärtige Fragen, dem u. a. der Ministerpräsident und der Außenminister angehören, erwogen. Neuter betont, daß Großbritannien eine spätere Konferenz, an der auch Deutschland und Italien teilnehmen würden, vorziehe. Eine solche würde übrigens im Einklang mit der kürzlichen Erklärung Baldwin stehen, daß Bemühungen gemacht werden sollen, Deutschland und Frankreich zusammenzubringen.

Der diplomatische Korrespondent der „Times“ schreibt, daß immer noch gegenteilige Ansichten Frankreichs und Großbritanniens über die Erwünschtheit einer Dreimächte-Konferenz vorhanden seien. Die belgische Regierung teile die britische Ansicht, und unter den gegebenen Umständen sei es wahrscheinlich, daß die Brüsseler Konferenz aufgeschoben werde. Der diplomatische Korrespondent der „Morning Post“ betont ebenfalls, daß die britische Regierung eine weitere Dreimächte-Konferenz für überflüssig halte.

Die außenpolitische Mitarbeiterin des Pariser „Deuvre“ will erfahren haben, daß die französische Regierung ihren Botschafter in London nach dem wenig erfolgreichen Schritt vom Mittwoch beauftragt habe, den britischen Außenminister darauf hinzuweisen, daß, wenn sich die britische Regierung nicht demnächst zur Beteiligung an der Brüsseler Konferenz entschließen könne, man doch zum mindesten eine Dreierbesprechung abhalten möge, die in einer französischen Küstenstadt, möglicherweise in Boulogne sur Mer, stattfinden könne. Das Ziel und die Bedeutung einer solchen Besprechung würden sehr viel geringer sein, da es sich lediglich darum handeln würde, die Lage zu prüfen und sich über ein Programm für eine spätere Konferenz der Locarno-Mächte auszusprechen.

England gegen Blockbildung in Europa

Der diplomatische Korrespondent des Londoner Reuterbüros faßt die mit der beabsichtigten sogenannten Locarno-

Konferenz zusammenhängenden Probleme wie folgt zusammen: „Nach der Kabinettsitzung am Donnerstag blieb der Zeitpunkt, die Tagesordnung und die Zusammenziehung der ursprünglich für den 22. Juli in Aussicht genommenen Locarno-Konferenz nach wie vor offen.“

Es wird die Ansicht vertreten, daß die geplante Konferenz ausschließlich dem Ziel gelten soll, eine europäische Regelung herbeizuführen. Nach britischer Auffassung kann dies am besten durch eine Fünf-Mächte-Konferenz zu einem späteren Zeitpunkt, vielleicht Anfang September, geschehen.

Falls jedoch Frankreich der Meinung ist, daß eine Dreimächte-Konferenz wesentlich wäre, um den Weg für die Brüsseler Zusammenkunft zu einem späteren Zeitpunkt zu bahnen, dann würde England mit sich reden lassen.

England ist jedoch nicht bereit, an einer Drei-Mächte-Konferenz teilzunehmen, die einzig und allein dem Zweck gilt, das Scheitern der in dem Weißbuch erwähnten Verständigungsbemühungen zu verzeichnen und keine Hoffnung auf die Verwirklichung einer europäischen Regelung zuzulassen.

In London wird nachdrücklich die Meinung vertreten, daß die Konsolidierung eines westeuropäischen, aus Frankreich, Belgien und England bestehenden Blocks, dem ein mitteleuropäischer Block aus Deutschland und Italien gegenüberstehen würde, der Sache des Friedens keinen Dienst leisten würde.“

Neuter schließt mit der Feststellung, daß diese Ansichten, wie verlautet, den Botschaftern Belgiens und Frankreichs am Donnerstagnachmittag mitgeteilt worden sind.

Auffeherregender Mord in einem Krankenhaus

Bukarest, 17. Juli. Mihai Stelescu, ein ehemaliger Führer der Eisernen Garde, ist unter auffeherregenden Umständen ermordet worden. Stelescu hat später versucht, eine eigene Bewegung ins Leben zu rufen und wurde dann von der Eisernen Garde als Verräter angefaßt. Eine Gruppe von etwa zehn jungen Leuten drang in das Bukarester Krankenhaus ein, in dem Stelescu in Behandlung war. Sie gelangten bis in sein Zimmer und begannen sofort mit dem Ruf „Tod dem Verräter“ auf Stelescu zu schießen. Im ganzen wurden 20 Schüsse abgegeben. Stelescu war auf der Stelle tot. Die Täter stellten sich danach den Behörden.

Leset Eure Heimatzeitung!

